

Symposium der Privatklinik Hohenegg

«Vertrauen»

Männedorf, 10. September 2026

Vertrauen in Institutionen nach der COVID-19-Pandemie

Prof. Dr. med. Kristina Adorjan

Universität Bern

Die COVID-19-Pandemie hat das Vertrauen in staatliche Institutionen, das Gesundheitssystem, Wissenschaft und Politik nachhaltig geprägt. Entscheidungen mussten unter hoher Unsicherheit getroffen und laufend angepasst werden. Gerade diese Dynamik zeigte, wie wichtig institutionelles Vertrauen für die Bewältigung einer Krise ist – und wie schnell es durch widersprüchlich wahrgenommene Informationen, Einschränkungen und mangelnde Transparenz unter Druck geraten kann.

Vertrauen beruht nicht allein auf fachlicher Kompetenz, sondern auch auf Transparenz, Verlässlichkeit und nachvollziehbaren Entscheidungsprozessen. Umso wichtiger ist eine Kommunikation, die Unsicherheiten benennt und erklärt, weshalb sich Empfehlungen verändern. Dies gilt in besonderem Masse für die Psychiatrie. Die Pandemie war mit erheblichen psychischen Belastungen verbunden; besonders vulnerable Gruppen waren stärker von Stress, Ängsten und Einschränkungen betroffen. Gleichzeitig mussten psychiatrische Einrichtungen ihre Versorgung unter erschwerten Bedingungen aufrechterhalten. Untersuchungen zeigen zudem einen Zusammenhang zwischen institutionellem und politischem Vertrauen, psychischer Belastung und der Bereitschaft, gesundheitliche Schutzmassnahmen mitzutragen [1,2].

Auch die Balance zwischen Infektionsschutz, Autonomie und therapeutischer Beziehung stellte die Psychiatrie vor besondere Herausforderungen. Einschränkungen und Schutzmassnahmen konnten notwendig sein, mussten aber nachvollziehbar, verhältnismässig und möglichst partizipativ gestaltet werden. Gerade dort, wo institutionelles Vertrauen bereits beeinträchtigt ist, kann ein intransparenter Umgang mit Einschränkungen das Misstrauen zusätzlich verstärken.

Nach COVID-19 geht es deshalb weniger um eine einfache «Rückgewinnung» von Vertrauen als um dessen nachhaltige Stärkung. Dazu gehören transparente Entscheidungsprozesse, ehrliche Kommunikation über Unsicherheit und Fehler, ein klarer Umgang mit Interessenkonflikten sowie die Beteiligung Betroffener. Gerade in der Psychiatrie bedeutet dies, Patientinnen und Patienten als aktive Partner einzubeziehen und ihre Erfahrungen ernst zu nehmen. Langzeitbeobachtungen zeigen zudem, dass sich psychische Belastungen nach der akuten Pandemiephase unterschiedlich entwickelten und insbesondere vulnerable Gruppen besondere Aufmerksamkeit benötigen. [2]

Die nächste Krise wird kommen. Ihre Bewältigung hängt nicht nur von medizinischen und politischen Instrumenten ab, sondern auch davon, ob Menschen Institutionen als kompetent, transparent und vertrauenswürdig erleben. Institutionelles Vertrauen ist damit eine zentrale gesellschaftliche Ressource – und eine, in die auch nach COVID-19 kontinuierlich investiert werden muss.

Literaturempfehlungen

- Adorjan K, Pogarell O, Streb D, et al. Role of psychiatric hospitals during a pandemic: introducing the Munich Psychiatric COVID-19 Pandemic Contingency Plan. BJPsych Open. 2021;7(2). doi:10.1192/bjo.2020.167.
- Adorjan K, Pogarell O. Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Versorgungssituation in psychiatrischen Kliniken in Deutschland. Nervenarzt. 2021;92:562–570.
- Rek SV, Bühner M, Reinhard MA, et al.; Adorjan K, Falkai P, Padberg F. The COVID-19 Pandemic Mental Health Questionnaire (CoPaQ): psychometric evaluation and compliance with countermeasures in psychiatric inpatients and non-clinical individuals. BMC Psychiatry. 2021;21:426. doi:10.1186/s12888-021-03425-6.
- Adorjan K, Gaudernack D, Beer J, et al. Zwangsmaßnahmen und die SARS-CoV-2-Pandemie. Nervenarzt. 2020. doi:10.1007/s00115-020-01002-y.